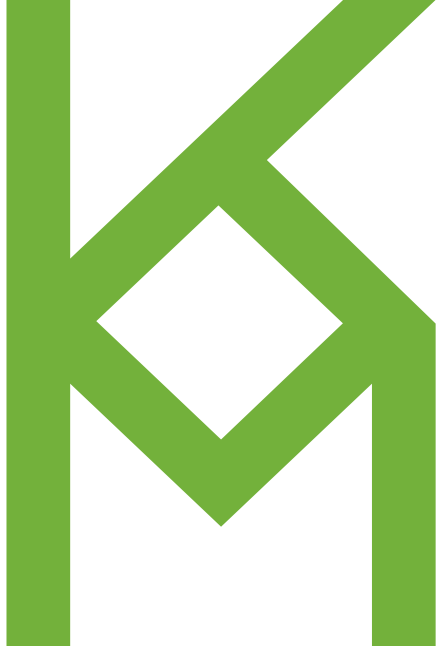




KM-Magazin für das Fördergebiet Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt

Ausgabe 1. Quartal 2020

Erscheint viermal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt, Fachbereich
Stadtplanung

Entschleunigt

Eine ungewohnte Stille ist in die Stadt eingezogen. Solche Momente erlebt man sonst nur noch vielleicht am Heiligabend oder am frühen Morgen eines Neujahrstags. Plätze, an denen sonst quirliger Betrieb herrschte, etwa der Alexanderplatz oder der Rosenthaler Platz, sind plötzlich menschenleer. Keine Touristenströme, keine Reisebusse, kein hektischer Berufsverkehr, kein Gedränge in Einkaufspassagen und Shopping Malls, keine tobenden Kinder auf Spielplätzen. Menschen sind nur noch allein oder zu zweit unterwegs, bleiben auf Distanz.

Es ist, als würden die Uhren plötzlich angehalten – oder zumindest viel, viel langsamer laufen. Und natürlich machen sich jetzt auch viele Sorgen – um betagte Eltern oder andere enge Angehörige, um ihre Kinder, um Nachbarn, um den Arbeitsplatz oder die blanke berufliche Existenz.

Dennoch: Vielleicht liegt in der Krise auch eine große Chance. Wir erleben eine Entschleunigung, wie wir sie noch nicht kannten in dieser so sehr wachstumsfixierten, hoch beschleunigten, dynamisierten Zeit. Es ist eine Zeit, in der wir die Gelegenheit haben, uns wieder auf die wirklich wichtigen Dinge zu konzentrieren. Und uns vor Augen zu führen, dass wir noch immer in einer der komfortabelsten Zonen der Welt leben. us
(siehe auch S. 11)





BILDREPUBLIC

Diese Aufnahme machte unser Leser Hans Martin Sewcz auf einem seiner Streifzüge durch das Gebiet. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt. Unser kleiner Leserfoto-Wettbewerb geht weiter: Ob historische Dokumente oder jüngere Aufnahmen aus dem Gebiet, von ungewöhnlichen, schönen, komischen oder beeindruckenden Momenten – senden Sie uns Ihr Foto, das Sie besonders gelungen finden! In jeder Ausgabe wird die Redaktion dann ein Foto küren, ver-

öffentlichen und mit einem Preis honorieren. Aus praktischen Gründen bitten wir Sie, uns keine Unikate bzw. Originale zu schicken, auf die Sie nicht verzichten möchten. Willkommen sind digitalisierte Bilder (im JPG-Format), die Sie per Mail an folgende Adresse schicken können: km-magazin@gmx.net oder auch Abzüge per Post an: Ulrike Steglich, c/o KM-Magazin, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin.

Die Redaktion

Wo finden Sie das »KM-Magazin«?

Da es nicht allzu viele öffentliche Auslegeorte im Gebiet gibt, haben wir uns entschieden, einen Großteil der Auflage über die Hausbriefkästen an die Haushalte zu verteilen. Da dies allerdings nicht flächendeckend möglich sein wird, wird das Magazin zusätzlich an wichtigen öffentlichen Orten im Gebiet ausgelegt. Haben Sie Vorschläge, wo das KM-Magazin noch ausgelegt werden sollte oder könnte? Bitte schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an: Ulrike Steglich, Tel. 283 31 27, Mail: km-magazin@gmx.net

Auslegeorte sind u.a.:
Bürgeramt im Rathaus Mitte
– KMA II-Treff im ehem. Ambulatorium, Schillingstr. 12, EG
– Apotheke im »Haus der Gesundheit«
– »Kino International«, Karl-Marx-Allee
– Mietertreff der Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität, Schillingstr. 30

– Friseursalon »Haarschneider Berlin«, Schillingstraße 2
– Café »Lotos«, Neue Blumenstraße 5
– Arztpraxis Dr. Ulrike Scheybal, Singerstr. 113
– Friseur Weydemeyerstr. 1
– »Kantine«, Magazinstr. 15–16
– »Der kleine Buchladen«, Weydingerstraße 14 (im Karl-Liebknecht-Haus)

Da die meisten Verteilerstellen jedoch während der Corona-Krise auf noch nicht absehbare Zeit geschlossen sein werden, nutzen sie bitte auch unseren Online-Service. Eine kurze Mail reicht, und wir nehmen Sie in den Verteiler auf und schicken Ihnen die Zeitschrift als PDF zu: km-magazin@gmx.net

KM-Magazin im Internet

Alle Ausgaben des KM-Magazins sind auch im Internet archiviert und abrufbar unter www.kma-mitte.de

In dieser Ausgabe

Bürgerversammlung zum Mittelstreifen der KMA	3
Die Planungen des Senats für die KMA und den Mittelstreifen	4/5
Denkmal Mollstraße	6
Nachrichten	7
100 Jahre Groß-Berlin	8
Größte Stadt Europas	9
100 Jahre Groß-Berlin: Veranstaltungen 2020	10
Spielplatz Ifflandstraße/ Corona-Krise	11
Leserpost	12
Akteure im Gebiet: Wohngenossenschaft Mollstraße	13
Briefe an den Bürgermeister	14
Adressen	15
Kolumne: Verkehr(t)	16

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »KM-Magazin« c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel.: (030) 283 31 27, Mail: km-magazin@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt (eckelt@bildmitte.de)

Entwurf und Gestaltung: Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com

Druck: Ruksaldruck GmbH & co. KG

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Der Mittelstreifen wird zur Wiese

Bei einem »Bürgerdialog« verteidigte die Senatorin ihre Planung und ihr Vorgehen

So voll sieht man das Kino International eher zu Filmpremieren: Doch die knapp 500 Menschen im Saal waren diesmal gekommen, um an einem »Bürgerdialog« über die Gestaltung des Mittelstreifens der Karl-Marx-Allee teilzunehmen. Verkehrs- und Umweltsenatorin Regine Günther hatte dazu eingeladen – spät genug, nachdem sie Anfang Dezember 2019 plötzlich bekannt gegen hatte, dass der 800 Meter lange, 10 Meter breite Mittelstreifen der Magistrale anders als geplant nun als Wiese begrünt werden solle.

Dass diese Entscheidung nicht nur für die Bürger, sondern auch für den Bezirk Mitte, das Landesdenkmalamt und andere völlig überraschend kam, hatte im Vorfeld für erheblichen Unmut gesorgt. Nicht nur Anwohnerschaft, der Bezirk und der Kultursenator, sondern auch der Regierende Michael Müller hatten die als Alleingang empfundene, nicht abgestimmte Entscheidung kritisiert. Nun trat die Senatorin samt zwei ihrer Experten an, um ihre Entscheidung zu verteidigen. Außerdem auf dem Podium: Gerry Woop, Staatssekretär für Kultur und Europa, Dr. Christopher Rauhut vom Landesdenkmalamt (LDA) und Mittes Stadtrat für Stadtentwicklung Ephraim Gothe.

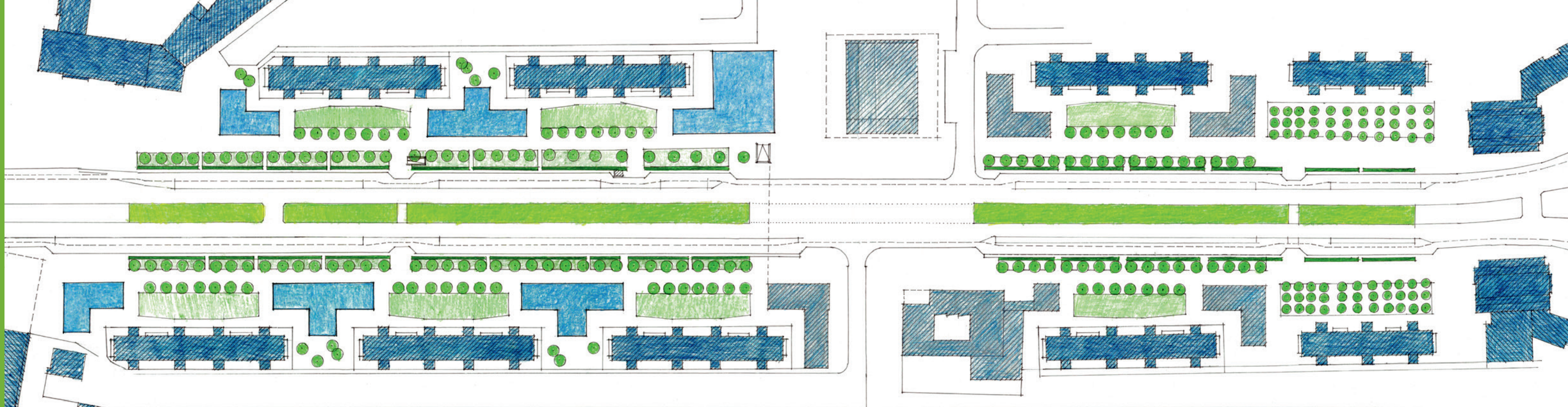
Der Klimawandel, so die Senatorin, habe eine neue dramatische Situation geschaffen, Hintergrund für die Umplanung seien die letzten beiden Hitzesommer gewesen. Zudem entstünde bei den bislang geplanten Parkplätzen auf dem Mittelstreifen eine »erhöhte Unfallgefahr«. Dem Bedürfnis der Bürger nach Partizipation wolle man nun mit diesem zweistündigen Bürgerdialog nachkommen. Gerry Woop betonte noch einmal die Bedeutung des Denkmalensembles Karl-Marx-Allee II und dessen städtebauliche Repräsentativität für die Stadt – nicht umsonst stehe im Koalitionsvertrag, dass die Weltkulturerbe-Bewerbung »Doppeltes Berlin« für KMA II und Hansaviertel weiter verfolgt werden solle. Man müsse Kompromisse finden, um die Bewerbung nicht aufs Spiel zu setzen. Christopher Rauhut (LDA) wies darauf hin, dass die Denkmalpflege durchaus auch behutsam Aufgaben des Umweltschutzes integriere. Die KMA II sei aber eben nicht nur ein Beispiel für die autogerechte Stadt der 60er Jahre, sondern auch für den Städtebau der Moderne, dessen wichtiges Merkmal gerade auch der vorbildliche Umgang mit großzügigen Frei- und Grünflächen sei. (Im Klartext: so üppig durchgrünte Viertel kann man gegenwärtig bei den meisten Berliner Bauprojekten mit der Lupe suchen.) Insofern habe das LDA Regine Günthers Vorschlag nicht zugestimmt, sondern Kompromisse gesucht. Stadtrat Ephraim Gothe skizzierte die Konfliktlage. Es gehe um drei unter einen Hut zu bringende Planungsziele: nämlich die Entwicklung des Quartiers in seiner städtebaulichen Einzigartigkeit und als Ensembledenkmal, das Ziel der CO₂-neutralen Stadt sowie partizipative Prozesse der Beteiligung und Mitwirkung. Doch auch viele Diskussionsbeiträge von Anwohnern zeigten: Entgegen mancher Unterstellung ging es den meisten gar nicht um die Verteidigung von Parkplätzen, auch war ihnen der Klimaschutz sehr wichtig. Ihre Kritik galt vor allem der Vorgehensweise einerseits, der geplanten Gestaltung andererseits. So fragte ein junger Mann (»Radfahrer ohne Auto«), warum auf diese Weise vorgegangen worden sei. Auch die neuen »Protected Bike Lanes« (auch für die KMA II vorgesehen) stießen auf Kritik der Nutzer, weil es eben keine bezirksübergreifende Planung ge-

be. Günther gab zu, dass etwa die neue Radstrecke auf der Holzmarktstraße schon nicht mehr den Sicherheitsstandards entspräche: »Das würde man heute so nicht mehr machen.« Auf der KMA II sei es ein Zugeständnis an die Denkmalpflege gewesen, die eigentlich vorgesehenen Poller der »Bike Lane« durch Schwellen zu ersetzen. Sehr deutliche Kritik wurde in Sachen Gestaltung und ökologischer Effekt geäußert: So wies ein Anwohner darauf hin, dass bekanntlich Wiesen (wie für die KMA II geplant) im Vergleich zu Bäumen nur einen geringen ökologischen Effekt hätten. Viel wichtiger sei es, für die inzwischen gefällten Bäume die versprochenen Neupflanzungen endlich zu realisieren. Mehr Bäume forderten auch andere Anwohner. Der ehemalige Baustadtrat für Mitte und Ex-Kultursenator Thomas Flierl, der seit Jahren an der Bewerbung für die Aufnahme der KMA II ins Weltkulturerbe arbeitet, kritisierte das Verfahren der Senatorin, zudem werde der städtebauliche Aspekt völlig vernachlässigt. Eine Blumenwiese könne nicht »die letzte Antwort auf die Stadtgestaltung sein«. Er fragte, warum nicht Bäume gepflanzt würden, und forderte einen Wettbewerb anstelle der »Bastelei an einer bereits vollendeten Planung«. Und noch ein Thema lag den Anwohnern besonders am Herzen: nämlich die notwendige Grünpflege. Viele neu angelegte Wiesen, so ein Anwohner, sähen schon binnen kurzer Zeit in den Sommern aus »wie die mongolische Wüste«. Eine Anwohnerin fragte, ob es mehr Personal für die Pflege gebe. Zwar beteuerte die Senatorin, in den letzten Jahren habe es »viele, viele Millionen« und damit eine »signifikant bessere Ausstattung« für die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter gegeben. Doch Bezirksstadtrat Gothe beklagte ein immer noch andauerndes »Ringeln um eine bessere Ausstattung« – personell und finanziell. Immerhin hat gerade Mitte nicht nur die bezirkseigenen Flächen zu pflegen, sondern auch viele repräsentative Flächen des Bundes. Die Entscheidung der Senatsverwaltung steht nun fest (siehe S. 4/5), auf die Umsetzung darf man gespannt sein. Die sollte bereits im Spätsommer dieses Jahres abgeschlossen sein. Das war allerdings vor Corona.

us



CHRISTOPH ECKELT



DOKUMENTATION

Die Planung der Senatsverwaltung zur KMA

Seit Sommer 2018 wird die Karl-Marx-Allee umgebaut, federführend ist der Berliner Senat. Die abgestimmten Planungen wurden zweimal geändert: zum einen für die Einführung geschützter Radstreifen, und zum anderen überraschte die zuständige Verkehrssenatorin Regine Günther im Dezember mit der Mitteilung, dass der Mittelstreifen nun als Wiese begrünt werden solle. Ein alternativer Vorschlag des Bezirks, der in Anlehnung an ursprüngliche Planungen der 50er auch Baumpflanzungen für den Mittelstreifen vorschlug, fand leider keine Berücksichtigung mehr. Anfang März wurde die Senatsplanung endgültig verabschiedet. Und so sehen die Planungen im Detail aus:

Die Seitenbereiche entlang der Karl-Marx-Allee werden in Abstimmung mit dem Landesdenkmalamt in zwei unterschiedlichen Gestaltungstypologien hergestellt:

- Der westliche Abschnitt der Karl-Marx-Allee zwischen Knotenpunkt Alexanderstraße / Otto-Braun-Straße und der Einmündung Karl-Marx-Allee / Schillingstraße bzw. Berolinastraße, wird in Anlehnung an den historischen Bestand weitestgehend mit neuem Material gebaut.
- Der östliche Abschnitt Richtung Strausberger Platz wird als »Historisches Fenster« bezeichnet. Dieser Bereich ist als Zeitdokument der »Moderne« und als Ensemble in seinem Erscheinungsbild der 1960er Jahre zu erhalten. Daher werden hier im Seitenbereich so viele alte Materialien wie möglich wieder eingebaut. Große Einzelbaumscheiben unterstreichen den Gestaltungsaspekt.

- Die Gehwege werden straßenseitig auf ganzer Länge einen 1,5 Meter breiten befestigten Streifen erhalten. Daneben ist die Anpflanzung einer Hecke vorgesehen. Im Bereich vor dem Filmtheater International und dem Restaurant Moskau erfolgt keine Heckenpflanzung. Hier ist eine freie Sicht auf die denkmalgeschützten Gebäude gewährleistet.
- Im westlichen Abschnitt werden die vorhandenen und die in dieser Flucht neu zu pflanzenden Bäume in breite Grünflächen eingebunden.

Die Platzfläche neben dem denkmalgeschützten Haus des Lehrers wurde entsprechend dem Workshopverfahren Alexanderplatz 2015 als »Satellitenplatz« neu gestaltet.

Folgende Maßnahmen sind zu den Themen Städtebau, Denkmalschutz und Ökologie u. a. geplant:

- Vollständige Einbeziehung der öffentlichen Flächen in die Neugestaltung der als Ensemble denkmalgeschützten Straße
- Teilung der Seitenraumbereiche in zwei Gestaltungstypologien: westlicher Abschnitt in Anlehnung an den historischen Bestand, östlicher Bereich als »Historisches Fenster« mit Verwendung historischer, wieder verwendungsfähiger Materialien, u. a. der Gehwegplatten der 1960er Jahre.
- Begrünung des breiten Mittelstreifens

Das Projekt Karl-Marx-Allee ist ein erster Schritt im Rahmen neuer Strategien zur Verbindung von Straßenbau, Denkmalschutz und Förderung der biologischen Vielfalt. Die Entsiegelung hat darüber hinaus positive Auswirkungen auf das Mikroklima. Der Klimawandel mit immer heißeren Sommern bedarf einer Vielzahl von Grünflächen, die für eine bessere Umgebungskühlung sorgen. Zusätzlich kann Wasser aus heftigen Regenfällen dem Grundwasser über Versickerung direkt zugeleitet werden.

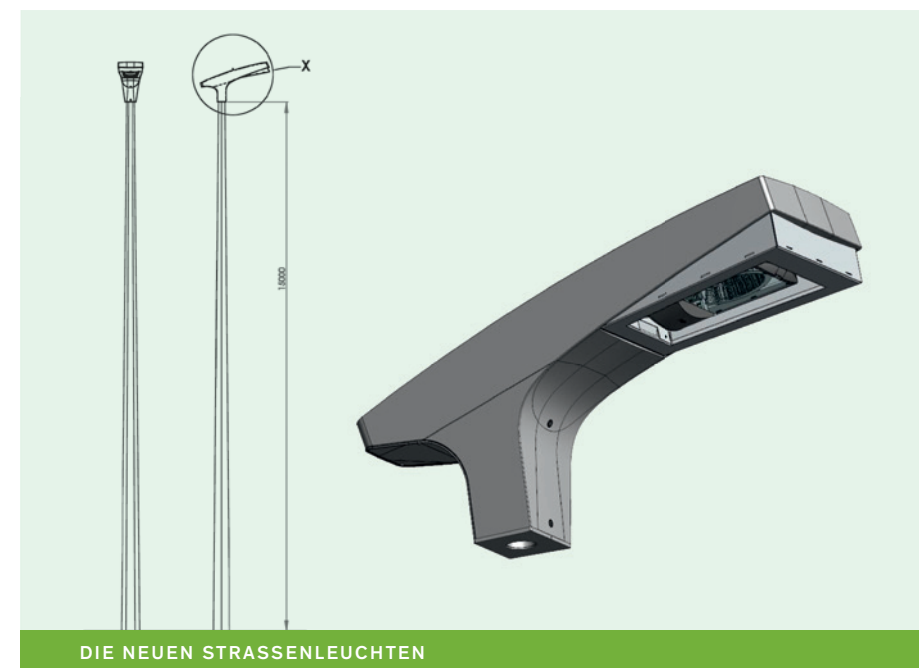
- Neupflanzung von 29 Bäumen (auf den Gehwegbereichen)
- Erhalt der öffentlichen Bäume aus den 1960er Jahren mithilfe von Standortverbesserungsmaßnahmen (Bodenaustausch, Kronenschnitt)
- Begrünung der breiten Gehwegbereiche im westlichen Abschnitt mit Rasen in sogenannten Rasentableaus mit Blumenzwiebeln (5.600 m²)
- Pflanzung einer mittelhohen Hecke (1.000 m = 1.500 m² Pflanzfläche) in Anlehnung an die Gestaltung in den 1960er Jahren
- Freie Sicht auf das denkmalgeschützte Filmtheater International durch Wegfall von Baumstandorten

- Insgesamt wurden 24 Baumfällungen notwendig, davon 15 mit einem Stammumfang unter 80 cm.
- Aufwertung der zwei Hochbeete vor der Karl-Marx-Allee 38–44 (Südseite) und 37–43 (Nordseite) mit Schmuckpflanzungen (180 m²)
- Barrierefreie Erschließung der Gebäude neben den Hochbeeten
- 35 Sitzbänke mit Armlehnen – in Längen von 2 bis 4 Meter zum Verweilen, am Haus des Lehrers drei lange Bänke
- Neubau der Beleuchtung: Zusätzlich zu den Straßenleuchten im Design der 1960er Jahre mit moderner Lichttechnik leuchten schlichte Lichtstelen die Gehwege unter den dichten Baumkronen aus. Unmittelbar westlich der Hochhäuser am Strausberger Platz werden zwei 4-Arm-Kandelaber nach historischem Vorbild im Stil der Karl-Marx-Allee zwischen Strausberger Platz und Frankfurter Tor, dem sogenannten 1. Bauabschnitt, wieder ihren Platz finden.

Im Zusammenhang mit der Straßenbaumaßnahme werden umfangreiche Leitungsbauarbeiten – insbesondere durch die Berliner Wasserbetriebe und die Stromnetz Berlin GmbH – durchgeführt.

Für die Bauausführung wird die Gesamtmaßnahme in Abhängigkeit von Funktionalität und Verkehrsführung in drei Bauphasen unterteilt, welche zeitversetzt ausgeführt werden. Die Gesamtmaßnahme soll im Spätsommer 2020 abgeschlossen werden. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme – Straßenbau, Baumpflanzungen, Neubau der Beleuchtungsanlage und der Lichtsignalanlagen – betragen rund 13,2 Mio. Euro. Die Kosten für den Aus-, Um- und Neubau der Ver- und Entsorgungsanlagen kommen noch hinzu.

Quelle: Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr



Der frühe Antisemitismus

Der Gedenkstein an der Mollstraße 11 erinnert an die Judenverbrennungen von 1510

Fast unscheinbar, etwas verborgen steht der Gedenkstein an der Mollstraße 11, hebräische Schriftzeichen sind eingemeißelt. Er erinnert an die Vorgeschichte des Quartiers, Jahrhunderte vor dem Bau der modernen Hochhäuser.

Auch das Straßenraster sah vor der gänzlichen Neubebauung der 50er und 60er Jahre noch völlig anders aus, geprägt durch ein diagonales Straßen- und Gassensystem, das vom historischen Zentrum in alle Himmelsrichtungen fortführte. Die Magazinstraße zeugt noch heute von jener Zeit, sie ist schon auf Stadtplänen des 18. Jahrhunderts verzeichnet, damals hieß die Gegend Königstadt, im östlichen Teil angrenzend an die Stralauer Vorstadt. Auch die Holzmarktstraße existierte damals schon. Die schon um 1701 benannte *Frankfurter Straße* (heute: Karl-Marx-Allee und Frankfurter Allee) trug schon in den Stadtplänen von 1786 und 1789 den Namen *Große Frankfurter Straße*. 1848 wurde sie einer der Schauplätze der Märzrevolution. Heute erinnert eine Gedenktafel am Haus Berlin des Strausberger Platzes an die Verteidiger der Barrikade in der Großen Frankfurter Straße. Rund 70 Jahre später, nach dem Ersten Weltkrieg, war der Straßenzug während der Novemberrevolution 1918 erneut Schauplatz von Barrikadenkämpfen. Die Große Frankfurter Straße begann nicht am Alexanderplatz, sondern zwischen den Einmündungen der Schillingstraße und der in den 1960er Jahren aufgelösten Kleinen Frankfurter Straße. Mit dem Bau der U-Bahn-Linie E (die heutige U5) von 1926/1927 bis 1930 wurde der Straßenzug bis zur damaligen Landsberger Straße verlängert und damit dem geraden Verlauf der U-Bahn-Trasse angepasst. Dieser Abschnitt hieß wiederum *Frankfurter Straße* bis zur Umbenennung 1949 in *Stalinallee*.

Doch was wissen wir schon über die Bewohner voriger Jahrhunderte? Der Gedenkstein, um den es hier geht, wurde im Oktober 1988 anlässlich des bevorstehenden 50. Jahrestages des



Novemberpogroms in einer Grünanlage südlich der Mollstraße 11 aufgestellt. Auftraggeber war der Ostberliner Magistrat in Abstimmung mit der Jüdischen Gemeinde. Der Stein ist Erinnerung an den frühen Antisemitismus und einen sehr frühen Pogrom gegen Juden. Die hebräische Inschrift lautet ins Deutsche übersetzt: »Hier ruhen die heiligen Gebeine der Mitglieder unserer ersten Gemeinde in Berlin. Sie wurden als Märtyrer ermordet und verbrannt am 12. Aw 5270. Diese Gedenktafel wurde von Meir, dem Sohn von Abraham Salomonski im Jahr 1935 angebracht.« Der Rabbiner Martin Salomonski ließ diese Gedenktafel 1935, im Jahr der Nürnberger Gesetze, an der Synagoge des Jüdischen Altersheimes Lietzmann an der Ecke der Landwehrstraße anbringen. Die Straße hieß ab 1939 Gerlachstraße und wurde 1970 aufgehoben. Dort, ca. 200 Meter südwestlich des Steins, befindet sich heute etwa der Spielplatz des Kindergartens Berolinastraße 7a. Das jüdische Altersheim diente 1941/42 als Sammellager für die Deportationen nach Theresienstadt, Riga oder direkt in die Vernichtungslager. Nach schweren Kriegszerstörungen wurden die Ruinen der Gebäude Anfang der 1960er Jahre abgerissen. Die dabei geborgene Schrifttafel wurde der Jüdischen Gemeinde übergeben. Auf der unteren bronzenen Schrifttafel, die erst 1988 nach der Errichtung des Gedenksteines angefertigt wurde, steht erläuternd: »Im Jahre 1510 wurden 38 Berliner Juden wegen angeblicher Hostienschändung verbrannt. Ihre Gebeine sind hier bestattet.« (Der letzte Satz ist hier jedoch irreführend, da der jetzige Standort nicht identisch ist mit dem der Synagoge des Altersheimes, auf den sich der Text bezieht. Auch waren die Opfer nicht nur

aus Berlin, sondern auch aus anderen Städten der Mark.) Doch wie war es dazu gekommen? Anfang des Jahres 1510 wurden in der Kirche des Dorfes Knoblauch im Havelland eine vergoldete Monstranz und zwei geweihte Hostien gestohlen. Der Dieb, ein Christ und Kesselflicker namens Paul Fromm aus Bernau erklärte unter Folter, er habe eine der Hostien an einen Spanndauer Juden verkauft. Das löste eine Reihe von Beschuldigungen, Verfolgungen und Festnahmen von Juden in vielen märkischen Städten aus. Etwa einhundert der Festgenommenen, darunter die Angesehensten der Gemeinden, wurden zu weiteren Untersuchungen in die Residenzstadt Berlin gebracht und dort vor ein Gericht gestellt. Nach der Verkündung des Urteils am 19. Juli 1510 auf dem Neuen Markt vor der Marienkirche wurden 38 der verurteilten Juden auf einem Scheiterhaufen an der Richtstätte vor dem Georgentor, dem Berliner Rabenstein an der späteren Judengasse verbrannt. Mindestens zwei Weitere rettete auch ihre zwischenzeitlich vorgenommene Taufe nicht, sie wurden enthauptet. Auch der Kesselflicker wurde hingerichtet. Ob und wo die sterblichen Überreste der Opfer bestattet wurden, ist nicht belegt, üblich war jedoch das Verscharren auf einem sogenannten Schindanger nahe dem Rabenstein, d. h. in der Nähe der späteren Synagoge des Altersheimes. Die Vermutung, dass sich dort auch eine frühe jüdische Begräbnisstätte befand, konnte durch Quellen oder Bodenfunde nicht belegt werden. In der Folge des Geschehens wurden die Juden aus der Mark vertrieben. Das hatte für den Landesherrn und auch die Bürger den Vorteil, dass Schulden bei jüdischen Kaufleuten oder Bankiers nicht getilgt werden mussten. Juden konnten sich dann erst 1539 wieder in Berlin ansiedeln.

us

Nachrichten

Schließung des Vor-Ort-Büros aufgrund des Corona-Virus

Das Vor-Ort-Büro KMA II bleibt vorerst bis 19. April 2020 geschlossen. Damit folgen Bezirk und das Büro KoSP der aktuellen Anordnung vom 14. März 2020 des Berliner Senats zur Eindämmung des Corona-Virus (SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung). Auch die wöchentliche Sprechstunde des Büros KoSP entfällt bis auf Weiteres. Sie erreichen das KoSP über kma@kosp-berlin.de aber noch per Mail. Bitte informieren sie sich auch über die Website für das Gebiet: www.kma-mitte.de

Notbetrieb des Bezirksamts

Der Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel teilt mit, dass das Bezirksamt Mitte seit dem 18. März im Notbetrieb arbeitet. Viele Beschäftigte sind angehalten, ihre Arbeit von Zuhause aus zu erledigen, um die sozialen Kontakte und damit das Ansteckungsrisiko zu verringern. Gleichzeitig sei aber sichergestellt, dass wichtige Aufgaben für die Menschen weiter erledigt werden können. Falls möglich, nutzen Sie bitte das Internet, um sich über aktuelle Mitteilungen des Bezirksamts zu informieren: Unter www.berlin.de/ba-mitte/aktuelles/ finden Sie auch Links zum aktuellen Betrieb der einzelnen Ämter. Die Berliner Hotline für Corona-Verdachtsfälle erreichen Sie unter 90 28 28 28. Wegen der hohen Nachfrage müssen Sie mit Wartezeiten rechnen.



Bürgerämter

Die Bürgeramtsstandorte Rathaus Tiergarten, Rathaus Mitte sowie das Flüchtlingsbürgeramt bleiben vorerst bis Freitag, 17. April, geschlossen. Dort beantragte Personaldokumente können ausschließlich mit Termin im Bürgeramt Wedding, Osloer Str. abgeholt werden. Der Bürgeramtsstandort Osloer Str. bleibt geöffnet, um eine Notfallsprechstunde zu gewährleisten. Bereits vereinbarte Termine für die geschlossenen Bürgeramtsstandorte werden ab sofort storniert. Ab sofort ist eine Terminbuchung für Notfälle für den laufenden Tag und für die Ausgabe dringend benötigter fertig gestellter Personaldokumente ausschließlich telefonisch über die Telefonnummern (030) 9018-44542 bzw. (030) 9018-44541 möglich. Eine Bedienung spontan vorsprechender Kundinnen und Kunden erfolgt nicht. Alle Bürgerinnen und Bürger werden gebeten, zur Erledigung ihrer Anliegen vorrangig den Postweg zu nutzen.

Umsatz der Alexianer

Bisher boten die Alexianer im Haus der Gesundheit wohnortnahe ambulante fachärztliche Betreuung in den Praxen für Allgemeinmedizin und Urologie an. Im Zuge der Sanierung des Gebäudes ziehen die Alexianer in Praxisräume in der Alexanderstraße um. Während der voraussichtlichen zweijährigen Sanierungszeit läuft allerdings auch die Nutzungsbindung aus, die die neuen Immobilieneigentümer zur Fortführung des Hauses der Gesundheit als medizinischer Nahversorgungsort verpflichtete. Das Haus der Gesundheit wurde 1914 als sechsgeschossiges Geschäftshaus errichtet. Das denkmalgeschützte Gebäude



Verunglückt

Schön oder elegant sieht anders aus: Die Radmarkierungen im Bereich der südlichen Promenade Schillingstraße wurden auf Weisung der Senatsverkehrsverwaltung aufgebracht. Für die künftige Planung will der Bezirk dagegen eine schönere Form der Markierung des Radwegs wählen, z.B. durch farbige Bodenplatten.

mit seinen geschmiedeten Treppengeländern und Marmorstuck an den Decken wurde seit 1923 als Ärztehaus genutzt. 1948 wurde es zur ersten Poliklinik Berlins. Im Jahr 2016 hatte die AOK als damalige Besitzerin der Immobilie diese an die Augustus Capital Management GmbH veräußert. Die Immobilienfirma gehört zum Firmenimperium der Samwer-Brüder. Die deutschen Internetunternehmer sind bekannt durch die Start-up-Schmiede Rocket Internet, mit dem Online-Modehaus Zalando bauten sie einen Milliardenkonzern auf. Das Geld investieren sie immer mehr in Immobilien.

Schmuckmauer wird erhalten

Manchen mag es gar nicht mehr auffallen, dennoch gibt es nach wie vor das kleine Schmuckmäuerrchen an der Schillingstraße 1. Es ist, auch mit seiner Flächengestaltung, ein typisches Gestaltungselement der 60er Jahre. Demzufolge soll es auch erhalten bleiben. Allerdings bietet es durch Schmierereien, Müll und auch durch die Baustelle derzeit ein eher trauriges Bild. Die Mauer soll erhalten bleiben, eine fachgerechte Sanierung ist geplant. Zudem soll zur Sicherung der Mauer sowie des dortigen Baumes eine ökologische Baubegleitung hinzugezogen, teilt das Stadtplanungsamt mit. Da die Kostenschätzung für den Erhalt der Mauer sehr hoch ist, könnte hier eine Anteilsförderung erfolgen.



CHRISTOPH ECKELT

Von der Alt-Stadt zur Metropole

Bis zur Schaffung Groß-Berlins im Jahr 1920 war es ein langer, holpriger Weg

1918, 1919, 1920 – das waren politisch bewegte, turbulente, auch chaotische Zeiten. Der Kaiser war abgedankt, die Republik ausgerufen, zu bewältigen waren die Folgen des verheerenden 1. Weltkriegs.

Wohl nur in solchen Situationen und Zeiten des Umbruchs sind auch große stadtpolitische und strukturelle Veränderungen durchsetzbar. Die Eingemeindung vieler umliegender, bis dato administrativ eigenständiger Vorstädte und Ortschaften in ein neues »Groß-Berlin« wurde damals heftig debattiert. Da waren die Moabiter und Weddinger schon alte Berliner Hasen: deren Eingemeindung war bereits 1861 erfolgt. Dennoch: ohne das »Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin (Groß-Berlin-Gesetz)« von 1920 hätte es keine Metropole gegeben. Gleichzeitig war es eine folgerichtige Konsequenz aus den Entwicklungen der Jahrzehnte zuvor.

Denn die massive Industrialisierung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte Folgen sowohl für das bisherige Alt-Berlin (etwa heutiger Innenstadttring) als auch für das Umland gehabt: Weil die Industrie heftig expandierte, die Bevölkerungszahlen und Bodenpreise immens stiegen und immer weniger Platz in der Kernstadt war, wuchs sie zunehmend auf die umliegenden Gemeinden aus – und die Arbeitskräfte zogen hinterher, in die neuen Mietskasernen im Norden und Osten. Mit der Industrialisierung verbunden waren auch die stetige Ausweitung der Verkehrsverbindungen sowie der modernen Kanalisation. Beides verknüpfte die Kernstadt mit den Vororten zu einem funktionalen Organismus, der bereits um 1910 die Züge einer Stadtregion trug – jedoch

noch nicht politisch-administrativ, was ein entsprechendes Verwaltungschaos zur Folge hatte. So gab es um 1900 bei den 151 Gemeinden im Berliner Raum 43 Gaswerke, 17 Wasser- und 15 Elektrizitätswerke, und während Berlin den Tegeler See als Trinkwasserreservoir nutzte, leiteten gleichzeitig Reinickendorf und Tegel ihre Abwässer in den See. Auf Dauer waren solche chaotischen Verhältnisse untragbar, und so wurde 1906 ein Wettbewerb »Groß-Berlin« ausgeschrieben, um die bauliche Entwicklung zu befördern und das Wachstum auf eine 10-Millionen(!)-Stadt zu ermöglichen. Doch zunächst mussten viele widerstrebende Interessen, die Diversität Berliner Realitäten und Mentalitäten berücksichtigt werden.

So gab es als Minimalvariante zunächst ab 1912 einen losen »Zweckverband Groß-Berlin«, der sich jedoch auf Städte- und Verkehrsplanungsaufgaben beschränkte. Das Grundproblem, ein zusammengehöriger, aber bislang zersplitterter Wirtschafts- und Verkehrsraum, wurde damit nicht gelöst.

Die Zeit war aber reif für eine Einheitsgemeinde, weshalb der preußische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Paul Hirsch einen entsprechenden Verfassungsentwurf erarbeiten ließ. Der sorgte für heftige Kontroversen, fand Fürsprecher wie erbitterte Gegner (letztere vor allem aus konservativen und wohlhabenden Kreisen), so dass es auch zu Tumulten und sogar Prügeleien in den unterschiedlichen Stadtparlamenten kam. Dennoch wurde das Gesetz 1920 mehrheitlich beschlossen – und damit ein gewaltiger Sprung gemacht. Quasi über Nacht vergrößerte sich die Stadtgemeinde Berlin um das 13fache, die Bevölke-

rungszahl verdoppelte sich: von ca. 1,9 Mio. auf 3,8 Mio., womit Berlin schlagartig zur weltweit drittgrößten Stadt wurde, nur London und New York hatten mehr Einwohner. Für Berlin entspannte sich damit auch die baulich-räumliche Beengtheit, die Bevölkerungsdichte reduzierte sich von 285 Einwohnern/ha vor 1920 auf 44 Einwohner/ha. Nun waren eine koordinierte Stadtplanung und Wohnungsbau in Größenordnungen möglich, das in bemerkenswert kurzer Zeit entstandene Verkehrsnetz mit all den U-, S-, Straßenbahn- und Buslinien und Fernbahnverbindungen konnte ausgebaut und verdichtet und neue, effizientere Verwaltungsstrukturen für die Gesamtstadt aufgebaut werden.

Und was fing jetzt der »gemeine Berliner« damit an?

Ein neues Gesamtberliner Identitätsgefühl wurde ja nicht automatisch mitgeliefert. Die Berliner trugen es mit jener Gelassenheit, die noch heute das Funktionieren der Stadt erst möglich macht. Man blieb einfach weiter Weddinger, Moabiter, Köpenicker oder Spandauer. Ohnehin musste die Stadt angesichts ihrer schier großen Größe in einzelne kleinere Verwaltungseinheiten, die Bezirke nämlich, strukturiert werden. Bis heute ist Berlin kein zentralistisches Gebilde, sondern ein polyzentrales: Berlin ist die Summe seiner Kieze, mit jeweils eigenen Gebietszentren.

Bis heute ist es so, dass gerade die Diversität ihrer Bewohner und ihrer Kieze den Reiz der »Metropole« ausmacht. In Spandau ist das Tempo, die Gangart, anders als in Friedrichshain, und in Hellersdorf ticken die Uhren etwas anders als in Zehlendorf. Und warum auch nicht? us

100 JAHRE GROSS-BERLIN

Größte Stadt der Europäischen Union

Berlin rückt an die europäische Spitze

Für Berlin gilt seit Ende Januar ein neuer Superlativ: Nachdem London nicht mehr zur EU gehört, rangiert die deutsche Hauptstadt mit seinen rund 3,65 Millionen Einwohnern in der »Liste der größten Städte der Europäischen Union« bei Wikipedia ganz oben: vor Madrid (3,22 Mio.) und Rom (2,86 Mio.), Paris folgt mit 2,1 Mio. Einwohnern nur auf Platz vier.

Doch jeder, der die französische Hauptstadt schon einmal besucht hat, weiß, dass das nicht ganz stimmen kann. Paris ist viel dichter besiedelt als Berlin. Mit mehr als 20.000 Einwohnern pro Quadratkilometer liegt die Stadt an der Seine in dieser Hinsicht in der EU-Rangliste klar vorn. In Berlin drängen sich dagegen im Schnitt nur etwa 4.000 Menschen auf jedem Quadratkilometer, das reicht bei der Bevölkerungsdichte in der EU nur zu Platz 20.

Dass Paris nur auf 2,1 Millionen Einwohner kommt, liegt also an seiner Ausdehnung. Mit 105 Quadratkilometern ist es viel kleiner als Berlin, das mit 892 Quadratkilometern über ein fast neunmal so großes Stadtgebiet verfügt. Vor 100 Jahren war das noch anders. Ohne das »Groß-Berlin-Gesetz« von 1920 würde es in der aktuellen Wikipedia-Rangliste nur zu Platz 21 unter den bevölkerungsreichsten Städten der EU reichen. Vor dem 1.

Oktober 1920 beschränkte sich die Stadtfläche Berlins nämlich auf die der heutigen Bezirke Mitte (einschließlich Tiergarten und Wedding) und Friedrichshain-Kreuzberg sowie den Ortsteil Prenzlauer Berg. Auf den rund 70 Quadratkilometern wohnen hier derzeit etwa 850.000 Menschen (12.000 Einwohner/km²). Im Jahr 1910 drängten sich hier noch 2,1 Millionen Menschen: etwa 30.000 auf jedem Quadratkilometer.

Würde Paris nur einige seiner Vorstädte eingemeinden, könnte es also mühelos Berlin als größte Stadt der EU überholen und bliebe dabei flächenmäßig immer noch deutlich kleiner als die deutsche Hauptstadt. Auch Madrid, das nur etwa zwei Drittel der Fläche von Berlin umfasst, könnte dies schaffen. Barcelona wäre ein weiterer Kandidat, mit einer gewissen Brutalität könnte man wahrscheinlich auch im dicht besiedelten Raum zwischen Rotterdam und Amsterdam und am Rhein zwischen Bonn, Köln, Düsseldorf und Duisburg eine bevölkerungsreichere, aber flächenmäßig nicht größere Metropole als Berlin zusammenschustern.

Bevölkerungsreichste Stadt auf dem europäischen Kontinent ist mit etwa 15 Millionen Einwohnern nach wie vor Istanbul. Auf Platz zwei folgt Moskau mit etwa 12,5 Millionen Einwohnern, vor Berlin kommen auch noch London mit knapp 9 Millionen und St. Petersburg mit 5,4 Millionen Bewohnern. Berlin schafft es dank seiner großzügigen Stadtgrenzen aber immerhin auf Platz 5.

Auf der Liste der größten Städte der Welt landet Berlin bei Wikipedia aktuell dagegen nur auf Platz 68. Und sehr wahrscheinlich würde unsere Stadt bei neueren Zahlen hier noch weiter nach hinten rutschen, denn es tummelt sich hier im Umfeld von Städten wie Addis Abbeba, Kapstadt oder Nairobi, die wesentlich schneller wachsen als europäische Städte. Einige der Städtenamen in diesem Bereich kennt man hierzulande kaum: Jinan, Changchun, Kunming oder Changsha zum Beispiel sind chinesische Millionenstädte mit rund 3,5 Mio. Einwohnern. Auch die haben wohl in Wirklichkeit Berlin schon überholt, denn die letzte Volkszählung Chinas war im Jahr 2010. Vermutlich liegt Berlin also in Wirklichkeit schon gar nicht mehr im Bereich der 100 größten Städte der Welt.

Das muss uns freilich nicht ärgern. Denn im vergangenen Jahrzehnt bereitete bereits ein vergleichsweise moderates Wachstum der Bevölkerung von elf Prozent schon erhebliche Probleme in Berlin. Die Einwohnerzahl vieler Metropolen in Afrika und Asien stieg im selben Zeitraum jedoch um dreißig, vierzig oder fünfzig Prozent oder mehr. Ähnlich rapide wuchsen das damalige Berlin und seine umgebenden Gemeinden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der sogenannten Gründerzeit. Man kann sich heute gar nicht mehr vorstellen, wie das möglich war. Und wie man es geschafft hat, gleichzeitig auch noch eines der modernsten Nahverkehrssysteme seiner Zeit aufzubauen sowie ein flächendeckendes Netz aus unterirdischen Wasser- und Abwasser-, Strom- und Gasleitungen, eine vorbildliche Gesundheitsversorgung und ein flächendeckendes Bildungssystem. cs



CHRISTOPH ECKELT



CHRISTOPH ECKELT

Veranstaltungs- und Lesetipps zum Jubiläum

Natürlich widmen sich in diesem Jahr zahlreiche Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen dem Thema »100 Jahre Groß-Berlin«. Hier nur eine Auswahl aus dem breiten Angebot – da alle Veranstaltungen noch länger bzw. erst in einigen Monaten stattfinden, hoffen wir, dass sie trotz des Corona-Virus stattfinden werden.

Ausstellungen

Chaos & Aufbruch

Das Märkische Museum im Bezirk Mitte zeigt ab April die Ausstellung »Chaos & Aufbruch – Berlin 1920–2020« und geht der Frage nach, wie aus einem chaotischen Umbruch ein konstruktiver Aufbruch gestaltet werden kann: Wie kann Großstadt gelingen? Eine historische und eine aktuelle Zeitebene laden zu einer Entdeckungsreise ein, die von den Problemen der Stadt über Lösungsansätze bis hin zu ihrem Zukunftspotential führt. Dabei geht es um Wohnen, Verkehr, Erholung, Verwaltung, um die Anbindung an das Umland und auch um Identität. Dies ist auch die zentrale Ausstellung des Kooperationsprojekts »Großes B – dreizehnmal Stadt« des Stadtmuseums Berlin mit den zwölf Berliner Bezirksmuseen. Begleitet wird sie vom Online-Portal »1000x.Berlin« mit Fotografien und Biografien aus einhundert Jahren. Märkisches Museum, Am Köllnischen Park 5, 26. April 2020 bis 10. Januar 2021.

»Berlin Sinfonien«

Die Deutsche Kinemathek hat in Kooperation mit dem Land Berlin die Medieninstallation »Berlin Sinfonien« konzipiert. Am Beispiel der drei Dokumentarfilme

»Berlin. Die Sinfonie der Großstadt« (Walther Ruttmann, 1927), »Berlin: Sinfonie einer Großstadt« (Thomas Schadt, 2002) und »Symphony of Now« (Johannes Schaaf, 2018) lassen die Filmbilder einen Tag in Berlin in den 1920er Jahren, zur Jahrtausendwende und in der Gegenwart Revue passieren: Rotes Rathaus, bis 7. Mai 2020, Eintritt frei

»Gezeichnete Stadt – Arbeiten auf Papier von 1945 bis heute«

Die Faszination von KünstlerInnen für die Großstadt ist in der Berliner Kunst seit 1945 stets gegenwärtig. Die Ausstellung zeigt Arbeiten der im doppelten Sinne gezeichneten Stadt Berlin: die Trümmer des Krieges wie auch urbane Biotope der 1970er bis 1990er Jahre diesseits und jenseits der Mauer. Berlinische Galerie, Bezirk Mitte, Alte Jakobstraße 124–128, 19. Juni bis 5. Oktober 2020,

Unvollendete Metropole. 100 Jahre Städtebau für (Groß-)Berlin

Die Ausstellung zeigt die historischen architektonischen und städtebaulichen Leistungen Berlins seit 1880 und die aktuellen Potenziale der Metropolenregion Berlin-Brandenburg. Gleichzeitig wagt die Ausstellung einen Blick in die Zukunft, indem sie die Ergebnisse des »Internationalen Städtebaulichen Wettbewerbs Berlin-Brandenburg 2070« öffentlich präsentiert. Die Entwicklungen sind mit Blick auf Schlüsselthemen wie Wohnen, Verkehr, Freizeit und Erholung oder die Vielzahl an Zentren innerhalb der Stadt und im Umland dargestellt. Darüber hinaus wird die Betrachtung um eine europäische Perspektive erweitert. Anhand der Berliner Partnerstädte

Moskau, Wien, Paris und London wird thematisiert, wie andere Metropolen mit aktuellen urbanen Herausforderungen umgehen.

Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, 14057 Berlin, 1. Oktober bis 31. Dezember 2020

Hinweisen wollen wir auch auf einige interessante Publikationen:

Metropole Berlin – 1920|2020

Das Buch von Andreas Ludwig und Ger- not Schaulinski beschreibt das Berlin der 20er Jahre als sozialen Raum und als Handlungsfeld der kommunalen Selbstverwaltung. Welche Probleme waren zu bewältigen? Welche Lösungsstrategien wurden erprobt? Welche Konflikte waren zu lösen? Und welche Zukunftsvorstellungen von Berlin wurden damals entwickelt? Dabei werden Bereiche wie Bevölkerungsstruktur, die Wohnungssituation, die Verkehrsinfrastruktur und das Thema Schule eine wichtige Rolle spielen. Vergleiche zu heutigen Debatten um Berlin und seine Entwicklung werden offensichtlich. Erscheinungsdatum: Ende April 2020, kostenlos; Erhältlich bei: Berliner Landeszentrale für politische Bildung sowie an verschiedenen Orten in Berlin, Telefon: (030) 90227-4966

Publikationen der Hermann-Henselmann-Stiftung

Die Stiftung veranstaltet seit 2016 jährlich Kolloquien zum Thema »100 Jahre Groß-Berlin« und greift die Schlüsselaufgaben wie die Wohnungs-, Verkehrs- und Grünfrage sowie die Planungskultur heraus. Darüber hinaus veröffentlicht sie die fünfteilige Publikationsreihe »100 Jahre Groß-Berlin 2020«.

- **Juni 2017:** »100 Jahre Groß-Berlin – Wohnungsfrage und Stadtentwicklung (1)«, Harald Bodenschatz und Cordelia Polinna (Hg.)
 - **November 2018:** »100 Jahre Groß-Berlin – Verkehrsfrage und Stadtentwicklung (2)«, Harald Bodenschatz und Cordelia Polinna (Hg.)
 - **Juni 2019:** »100 Jahre Groß-Berlin – Grünfrage und Stadtentwicklung (3)«, Harald Bodenschatz, Dorothee Brantz (Hg.)
 - **April 2020 geplant:** »100 Jahre Groß-Berlin – Planungskultur und Stadtentwicklung (4)«
 - **2021 geplant:** »100 Jahre Groß-Berlin – Perspektiven für die Hauptstadtregion (5)«
- Weitere Informationen erhalten Sie bei: Hermann-Henselmann-Stiftung, Beatrice-Zweig-Straße 2, 13156 Berlin

Erneuerung des Spielplatzes Holzmarktstraße/Ifflandstraße

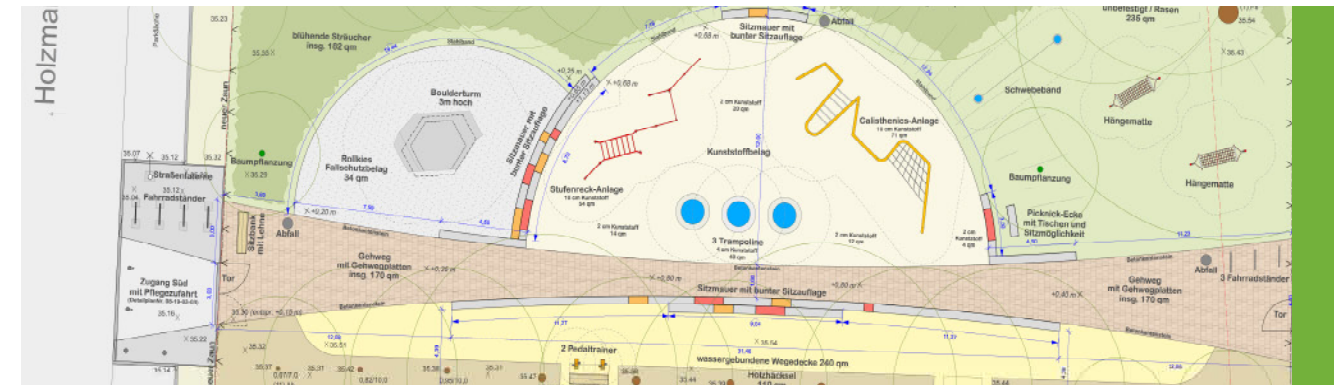
Im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung für die Neugestaltung des Spielplatzes Holzmarktstraße/Ifflandstraße wurde der Entwurf überarbeitet (Entwurfsplan für die Realisierung siehe Zeichnung). Für die Gestaltung zeichnet das Land-

schaftsarchitekturbüro Frank von Barga verantwortlich.

Im Zusammenhang mit den vorbereiteten Baumaßnahmen für die Erneuerung des Spielplatzes Holzmarktstraße/Ifflandstraße war die Fällung von drei Bäumen und zwei Großsträuchern notwendig. Als ökologische Ersatzmaßnahme werden im Rahmen der Neugestaltung des Spiel-

platzes die zwei Großsträucher auf der Spielplatzfläche durch zwei neue Bäume derselben Fläche gepflanzt. Die Fällung erfolgte bis Ende Februar.

Die Abbruch- und Entsorgungsmaßnahmen der bestehenden Skateranlage sind im II.–III. Quartal 2020 geplant und der Beginn des Neubaus des Spielplatzes ist für das IV. Quartal 2020 vorgesehen.



Achten Sie aufeinander!

Es ist eine Ausnahmesituation, wie sie Berlin bislang nicht kannte. Die Straßen sind so gut wie leer. Schulen, Kitas und Spielplätze sind geschlossen, ebenso Kinos, Kultur- und soziale Einrichtungen, Restaurants, Cafés und die allermeisten Geschäfte, Veranstaltungen sind reihenweise abgesagt. Die Menschen bleiben zu Hause, oder sie bleiben auf Abstand, Viele machen sich Sorgen, nicht nur um ihre Gesundheit und die anderer, sondern Berufstätige befürchten finanzielle Konsequenzen. Eltern stehen vor der Frage, wie sie ihre Kinder die ganze Zeit betreuen. Viele bleiben zu Hause, arbeiten im Homeoffice oder müssen zwangsweise Urlaubstage nehmen. Die Menschen sind gehalten, direkte soziale Kontakte möglichst zu meiden und Abstand zu halten. Und niemand weiß, wie viele Wochen oder Monate dieser Ausnahmezustand gelten wird. Andererseits hat Berlin schon etliche andere Ausnahmezustände erlebt. So erinnern sich die Älteren unter uns sicher noch an die Nachkriegszeit. In solchen Situationen gilt: Panik ist der schlechteste Ratgeber. Die Berliner sind eigentlich bekannt für ihre fast unerschütterliche Gelassenheit, gespickt mit einer Prise Galgenhumor, zudem für ihr Improvisa-

tionstalent. Versuchen Sie also, Ruhe zu bewahren und auf die Stimme der Vernunft zu hören. Kümmern Sie sich um Ihre Angehörigen und Nachbarn, fragen Sie, ob sie im Rahmen der Möglichkeiten helfen können, etwa Einkäufe vor die Tür stellen. Gerade alte oder kranke Menschen sind oft allein stehend und auf die Hilfe anderer angewiesen. Gehen Sie freundlich miteinander um! Vor allem die, die derzeit bis an ihre Belastungsgrenzen gehen müssen – Pflegepersonal, Supermarktkassiererinnen, Krankenschwestern, Ärzte, Kurier, BSR-Mitarbeiter und viele andere verdienen Respekt, ein zusätzliches Dankeschön und vielleicht einfach ein Lächeln. Hamstern Sie bitte keine Lebensmittel und ähnliches, das ist unsozial gegenüber Ihren Nachbarn und verhindert, dass weiterhin alles Notwendige verfügbar ist und rechtzeitig nachgeliefert wird. Es gibt keinen Grund zum Hamstern: Die Lager sind voll. Desinfektionsmittel aus Arztpraxen und Krankenhäusern zu klauen, ist verabscheuenswürdig, denn dort werden sie dringend gebraucht. Verzichteten Sie aufschiebbare Arztbesuche. Versuchen Sie, das Beste aus dieser Zeit zu machen – es ist auch eine Chance zur Entschleunigung. Entdecken sie ihr Talent zum Improvisieren wieder. Und vielleicht ist jetzt die Zeit, sich um Dinge zu kümmern, die schon so lange liegen geblieben sind oder die man schon immer mal tun wollte. Endlich mit Muße die neuen Bücher lesen, die sich so angesammelt haben. Alte Fotos sichten. Mit den Kindern längst vergessene Spiele wieder

herausholen. Mal wieder ein Hörspiel hören, oder auch eine Sinfonie. Die Wohnung entrümpeln und Frühjahrsputz machen. Halten Sie – auch wenn man sich gerade nicht persönlich treffen kann – Kontakt zu Angehörigen, Freunden, alten Bekannten: per Telefon, per E-Mail, und vielleicht schreiben manche jetzt auch wieder lange Briefe. Und wenn Ihnen die Decke auf den Kopf zu fallen droht: Gehen Sie an die frische Luft, lassen Sie sich den Kopf freipusten, genießen Sie die ersten warmen Sonnenstrahlen – und wenn es nur eine halbe Stunde ist und statt des Ausflugs einfach ein Spaziergang durchs Viertel. Informieren Sie sich, über Zeitungen, TV, Radio, das Internet, aber sitzen Sie keinen Fake News auf. Es hilft auch, immer mal wieder den Blick über den Tellerrand zu werfen. Schließlich haben wir es mit einer weltweiten Krise zu tun, wie sie die globalisierte Welt bislang nicht kannte. Ein kleiner Virus hat dafür gesorgt, die gesamte Weltwirtschaft ebenso lahmzulegen wie Verkehrsströme oder ganze Administrationen, womöglich schafft er es sogar, manchen Autokraten zu Fall zu bringen. Sogar die Rechtspopulisten sind bemerkenswert still geworden. Andererseits wagt man nicht, sich auszumalen, was geschieht, wenn der Virus erst die Favelas und Slums dieser Welt erfasst ... Der Firnis der Zivilisation ist dünn. Es liegt an uns selbst, ob die Krise das Beste in der Gesellschaft aktiviert, das Solidarische, Einfühlsame, die Vernunft, oder aber die schlechtesten Instinkte. us



CHRISTOPH ECKELT

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich erhalte regelmäßig Ihr KM-Magazin, das ich als Anwohnerin (Weydemeyerstraße) mit Interesse lese.

Der Inhalt der letzten Ausgabe III/19 vermittelt mir den Eindruck, dass mit einer gewissen Hilflosigkeit eine Negativentwicklung (Haus der Gesundheit, Schließung Albert's, Curcuma, Babette, Restaurant im Haus Berlin) im Kiez, als Folge verfehlter Privatisierungen (Cafe Moskau, HdG) zur Kenntnis genommen wird, womit man sich abfindet, so als gäbe es keine Alternativen. Besonders störend ist die Verlotterung der Schillingstraße. Nirgendwo konnte ich im IN ein Konzept für die weitere Gestaltung der Schillingstraße finden. Ebenso suche ich eine Aussage, in welchem Zeitrahmen die Fertigstellung der Fahrbahn/Rad-/Fußwege in diesem Bereich erfolgen wird. Ich hätte dazu gern von Ihnen Hinweise, wo ich mich online informieren kann und ob es noch realistische Gestaltungsvorhaben für diesen Abschnitt der KMA gibt.

Positiv ist die Umgestaltung der Plansche in der Weydemeyerstraße, die von der Bevölkerung gut angenommen wird und die hoffentlich so betreut wird, dass in

kurzer Zeit nicht alles verkommt.

Einen Punkt gibt es noch, wobei mir unklar ist, ob er in Ihren Bereich fällt: es sind die weißen Absperrgitter von QFM (Fernmelde- und Elektroanlagen GmbH), die seit weit über einem (!) Jahr irgendwelche Bodenplatten im gesamten Wohngebiet überall absperren, ohne dass irgendetwas geschieht, um die angeblichen Gefahrenherde zu beseitigen. QFM reagiert auf Rückfragen nicht.

Mit freundlichen Grüßen, Renate Jäpel

Sehr geehrte Frau Jäpel, um ein offenbar weiter verbreitetes Missverständnis auszuräumen: Wir sind ein Team freier Journalisten, Grafiker und Fotografen, das nach einer entsprechenden Ausschreibung des Bezirks Mitte mit der Redaktion und Herausgabe des KM-Magazins beauftragt wurde. Wir sind also keine Mitarbeiter des Bezirksamts oder sonstiger Entscheidungsgremien und somit der falsche Ansprechpartner für die Behebung von Missständen. Sie können aber davon ausgehen, dass alles im KM-Magazin, also auch Ihr Brief, von der Bezirksverwaltung und dem Büro KoSP als Prozesssteuerer im Gebiet genau gelesen und zur Kenntnis genommen wird. Mit freundlichen Grüßen, die Redaktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer aktuellen Ausgabe, die ich wie immer gern erhalten und gelesen habe, erwähnen Sie im Artikel »Von Magdeburg-Bänken und römischem Versatz« auch die Neugestaltung der Plansche in der Weydemeyerstraße mit ebenjenem »römischen Versatz«.

Ich kann als Anwohner ergänzen, dass die Verlegequalität so mangelhaft ist, dass bereits jetzt die Wegplatten an vielen Stellen hochstehen und Stolperanten bilden. Ein Kiesbett bei der Verlegung gab es anscheinend auch nicht: zwischen den meisten Platten wächst Moos, das kräftig an der Verschiebung der Platten mitwirkt.

Bei der Gestaltung der Anlage insgesamt wurde – mit einem interessanten Weg zwischen dem ursprünglichen Design und einer heutigen Ausstattung – auch eine zentrale Wiese angelegt. Sie liegt in der prallen Sonne, wurde aber nie gegossen. Ihren Mittelpunkt bildet nun ein gegrabenes Loch, das im vergangenen Jahr als (Grill)Feuerstelle gedient hat. Bei einer gepflegten Grünanlage wäre das vermutlich nicht passiert. Ich denke, dass es bei Bauausführungen und Grünpflanzungen auch Gewährleistungspflichten gibt. Ob die Anlagen vom Auftraggeber aber überhaupt jemals evaluiert oder kontrolliert werden, ist doch eher fraglich. Die Anlage in ihrer Gesamtheit halte ich für gelungen, was sicher auch auf die intensive Entwurfsarbeit und Bürgerbeteiligung zurückzuführen ist.

Mit freundlichen Grüßen,
Holger Schade, Lichtenberger Straße



CHRISTOPH ECKELT

Inzwischen sogar mit Solarkraftwerk

Die Mollgenossenschaft wird nächstes Jahr 25

Mieten deutlich unter dem Berliner Mietendeckel, sanierte Wohnungen mit neuen Aufzügen, Solaranlagen auf den Dächern – und das nur einen Steinwurf vom Alexanderplatz entfernt: Die Wohnungsgenossenschaft Mollstraße bietet ihren Mieterinnen und Mietern auf dem überhitzten Berliner Wohnungsmarkt von heute geradezu traumhafte Bedingungen und muss sich über Leerstand keine Sorgen mehr machen.

Im kommenden Jahr wird sie ihr 25-jähriges Jubiläum feiern, der eigentliche Startschuss fiel jedoch bereits im Frühsommer 1995: Vor einem Vierteljahrhundert verkündete die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) die Absicht, vier große Plattenbauten mit insgesamt 248 Wohnungen am nördlichen Rand des Wohngebiets Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt zu privatisieren. Durch das »Altschuldenhilfegesetz« war sie gezwungen, insgesamt 15 % ihrer Bestände zu veräußern. Das sollte laut Gesetz zwar »vorrangig an die Mieter« geschehen, in der Realität aber landeten fast alle der zwangsprivatisierten Wohnungen bei privaten Investoren, die sie dann oftmals mit hohen Gewinnen weiterverkauften. In der Mollstraße kam es anders. Hier organisierten sich die Mieter und es gelang das seltene Kunststück einer Genossenschaftsgründung. Damit die den Wohnungsbestand tatsächlich erwerben konnte, musste ein Kredit aufgenommen werden und mit einem Eigenanteil abgesichert werden, den die Genossenschaftsmitglieder aufbrachten. Dazu war eine Einlage von jeweils 12.000 DM für jede Wohnung erforderlich. Das war damals sehr viel Geld und beileibe kein Pappenstiel.

»Leerwohnungen sind das größte Problem«

Die vier Plattenbauten an der Mollstraße, die Mitte der 1960er Jahre entstanden, waren zudem sanierungsbedürftig. Deshalb musste zusätzlich zu dem Kaufpreis auch die Grundsanierung finanziert werden. Den Kredit gewährte damals die Schleswig-Holsteinische Landesbank, die später zur HSH Nordbank wurde und tief in die Strudel der internationalen Finanzkrise geriet, was dem Vorstand der Mollgenossenschaft manche schlaflosen Nächte bescherte. Letztlich sprang aber die Berliner Volksbank ein – sogar zu günstigeren Konditionen. Die Genossenschaft steht heute finanziell grundsolide da und hat ihre Zins- und Tilgungszahlen stets pünktlich leisten können.

Ein großes Problem in der Anfangszeit war der hohe Leerstand. Heute kann man das kaum noch glauben, aber bis vor zehn Jahren gab es tatsächlich noch leerstehende Wohnungen an der Mollstraße. In der Mitgliederzeitung, die auf »mollgenossenschaft.de« archiviert ist, lässt sich das nachlesen: »Leerwohnungen sind das größte Problem der Genossenschaft«, heißt es im Mollmagazin Nr. 1 vom 1. Oktober 1999: »Große Probleme haben wir mit der Vermietung von 4-Raum-Wohnungen ohne Balkon. Die Vermietung von 3- und 5-Raumwohnungen ist dagegen kein Problem«. Im April 2000 erfährt man: »Im Zeitraum vom Sommer 1999 bis Februar 2000 konnte der Leerstand von 10 % auf 5 % gesenkt werden.« Noch im Juni 2008 berichtete der Vorstandsvorsitzende Dr. Matthias Schindler: »Von Januar bis März gab es 123 Reaktionen auf unsere Wohnungsangebote, 52 Besichtigungen wurden vereinbart, 38 fanden statt. Fünf Verträge waren das Ergebnis.« Erst im Mai 2010 wird die Vollvermietung vermeldet: »Die Genossenschaft steht auf solidem Boden. Die Situation hat sich entspannt.«

Akzente für die Stadtentwicklung

Inzwischen braucht die Genossenschaft keine Anzeigen mehr zu schalten: Die Warteliste ist lang und voll. Das heißt aber nicht, dass keine Baumaßnahmen mehr stattfinden. Ein Teil der erwähnten 4-Zimmer-Wohnungen hat inzwischen einen Balkon erhalten, für einen anderen Teil ist eine Nachrüstung in Planung. Die Fahrstühle wurden erneuert und reichen jetzt bis zum Eingangsgeschoss, eine vollständige Barrierefreiheit ist zwar noch nicht gegeben, wird aber langfristig angestrebt. Und auch im Punkt Nachhaltigkeit gelang es der Genossenschaft, neue Akzente zu setzen: In Kooperation mit den Berliner Stadtwerken wurden auf den Dächern der vier Wohnhäuser Solarpaneele eingerichtet, die ins Netz einspeisen und die Stadt mit sauberem Strom versorgen. »Das Sonnenkraftwerk war für die Berliner Stadtwerke nicht nur die erste genehmigte Solaranlage auf einem denkmalgeschützten Haus,« vermeldet das kommunale Unternehmen inzwischen auf seiner Website, »sondern auch die erste Anlage in Berlin-Mitte und die erste Kooperation mit einer Wohnungsbaugenossenschaft.«

cs

Briefe an den Bürgermeister

Ideen für ein zukunftsfähiges Berlin



Unter dem Titel »Letters to the Mayor« präsentierte das Deutsche Architektur Zentrum DAZ in der Köpenicker Straße Anfang dieses Jahres hundert Briefe, adressiert an den Berliner Bürgermeister Michael Müller. Die Aktion war Teil eines Ausstellungsprojekts, das bereits in mehr als 20 Städten weltweit nach dem gleichen Schema stattfand: lokal ansässige Architekt*innen schreiben an ihre Stadtverwaltung und hoffen auf Gehör.

Ein dicker Leitz-Ordner lag auf dem Tisch in der Mitte des Ausstellungsraums im DAZ. In ihm waren die hundert Briefe abgeheftet, in denen eingeladene Berliner Architekt*innen und Stadtakteure ihre Ideen und Visionen für eine lebenswerte Stadt der Zukunft formuliert haben. Seinen Adressaten hat das Konvolut erreicht: Am Eröffnungsabend des 15. November 2019 wurden die Briefe an Michael Müller übergeben. Ob er sie wirklich lesen wird?

Katrin Lompscher zu Gast im DAZ

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher, die am 22. Januar mit einigen der Briefeschreiber*innen öffentlich diskutierte, blieb ehrlich: »Wenn ich diesen Ordner jetzt mit in meine Verwaltung nehme, wird er direkt ins Regal gestellt.« Ihr Tipp an die Akteure, um mit der Politik ins Gespräch zu kommen: weiter Engagement zeigen. Die aufgeschriebenen Ideen präzisieren, Initiative ergreifen, Experimente starten – an die 90er Jahre anknüpfen, als Berlin noch für Aufbruchsgest und Entdeckerfreude stand. Und dann beim Senat ganz konkret Unterstützung einfordern. Kann utopisches Denken auf diese Weise Realität werden? Dass es so einfach nicht ist, bewies Lompscher gleich selbst im Gespräch mit den anderen Gästen. Zwar stießen deren Anregungen fast durchweg auf ihre Zustimmung, doch verwies sie zugleich immer wieder auf rechtliche Ein-

schränkungen und Regularien. Viele dieser Rechtsgrundlagen wie zum Beispiel das Baurecht seien angesichts der aktuellen Situation Berlins veraltet, lautete denn auch einer der Hauptkritikpunkte an diesem Abend – langwierige Verfahren und enge Vorgaben machen es der Architektenschaft nicht leicht. Die Stadt habe zudem in den Zeiten ihrer temporären Schrumpfung, die noch gar nicht allzu weit zurückliegen, ihr Potenzial sträflich vernachlässigt und Kompetenzen umfangreich abgebaut. Das leugnete auch Katrin Lompscher nicht: »Wir brauchen dringend wieder Planungskultur und Stetigkeit.«

Räume für die Gemeinschaft statt Dämmstoffe

Die an diesem Abend exemplarisch vorgestellten sechs Exemplare artikulieren das Bedürfnis nach zentralen Räumen für Begegnung und Gemeinschaft ebenso wie den Wunsch nach alternativen Formen des (Zusammen-)Wohnens und nach einem nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur. Sie fordern den Neubau bezahlbarer Wohnungen und erteilen Spekulation und Gewinnmaximierung, Dämmstoffwahn und falschen Förderanreizen eine Absage. Die Ideen für eine künftige Flächennutzung reichen von einer Nachverdichtung in Form von Aufstockungen über die Bebauung der Eckgrundstücke, die gegenwärtig noch von über 350 Tankstellen belegt werden, bis zu grünen Dachlandschaften. Wichtig sei auch die Mehrfachnutzung öffentlicher Gebäude – z.B. könnte eine Kita am Abend zum Treffpunkt für die Nachbarschaft werden. Die Architektin Bettina Götz beispielsweise sieht die Stadt mit ihrer weitläufigen und großzügigen Struktur als ideales Labor für städtebauliche Neuerungen und Prototypen – nur fänden derartige Experimente derzeit nicht statt. Sie erinnert an die visionäre Energie einer IBA 57, in der das Hansaviertel entstand, und fragt nach heutigen Entsprechungen. Wie wäre es mit einer IBA 2025, die sich beispielsweise dem Potenzial der landeseigenen Kleingartenflächen widmet? – Raunen im Publikum und Stirnrünzeln bei Katrin Lompscher: Das sei ein heikles Thema. Das Ziel dürfe auch nicht sein, den Leuten diese Flächen einfach wegzunehmen und zuzubauen, hielt Götz dagegen, es läge vielmehr in der Entwicklung neuer, gemeinwohlorientierter Nutzungskonzepte im Sinne einer für alle zugänglichen Gartenstadt.

Mehr Mut zum Ausprobieren

»Hier regiert die Furcht, Fehler zu machen. Und so bleiben Bewahren, Schützen, Deckeln, Einfrieren ganz oben auf der Agenda«, beklagt der Architekt Eike Becker in seinem Brief die aktuelle Situation. Und tatsächlich bestanden auch an diesem Abend die Antworten Lompschers, die als Vertreterin des Senats stets die Vorschriften und Grenzen im Blick hatte, vor allem aus »Finde ich an und für sich gut, aber ...« »Haben wir vielleicht ein Vermittlungsproblem zwischen Stadtgesellschaft und Politik?«, fragte Matthias Böttger, der Leiter des DAZ, in die Runde. Man müsse der Politik auf jeden Fall den Wunsch am Experiment besser vermitteln, so Lompscher. Und das Neudenken des Stadtraums nicht von der Verwaltung erwarten, sondern es selbst in die Hand nehmen, wie es beim Haus der Statistik oder dem Dragonerareal schon gemacht werde. Es bleibt zu hoffen, dass Michael Müller den Ordner nicht ungelesen im Regal abstellt. Diana Artus



Kontakte, Ansprechpartner, Adressen

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146
13353 Berlin

Zuständig für das Fördergebiet:

Birgit Nikoleit
Tel. (030) 9018 457 99
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

André Zschaler
Tel. (030) 9018 457 93
andre.zschaler@ba-mitte.berlin.de

Zuständig für private Bauvorhaben:

Elke Pistorius
Tel. (030) 9018 457 79
elke.pistorius@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung und Gebietsentwicklung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH)
Schwedter Straße 34 A
10435 Berlin
kma@kosp-berlin.de

www.kosp-berlin.de
www.kma-mitte.de

Bürgersprechstunde:
Do 15–19 Uhr, Vor-Ort-Büro,
Schillingstraße 12, EG, Raum 11

Ansprechpartner:

Hannah Münzer
Tel. (030) 33 00 28 47
muenzer@kosp-berlin.de

Christin Noack
Tel. (030) 33 00 28 55
noack@kosp-berlin.de

Georg Wasmuth (büro west)
Geneststraße 5, 10829 Berlin
Tel. (030) 786 04 70
gw@buero-west.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referat Stadterneuerung (IV C)
Württembergische Straße 6
10707 Berlin
Franziska Mühleis
franziska.muehleis@sensw.berlin.de

Nachbarschaftsrat KMA II e.V.

info@nachbarschaftsrat-kma.de

Treffen jeden letzten Dienstag des Monats 18.30 Uhr, KMA-II-Treff, Schillingstraße 12, EG, Raum 11





KOLUMNE wenig Verkehr(t)

»Mir ist es eingefallen, während ich Fahrrad fuhr«, soll Albert Einstein auf die Frage geantwortet haben, wie er auf die Relativitätstheorie gekommen sei. Das spricht dafür, auf diese, zudem auch noch sehr umweltfreundliche, Art der Fortbewegung zu setzen. Es wird einem aber noch nicht leicht gemacht in unserer großen Stadt, auch wenn von Verkehrswende viel die Rede ist. Und obwohl Berlin seit 2018 ein wirkliches modernes Mobilitätsgesetz hat, das den Vorrang des Umweltverbundes vor dem Auto rechtsverbindlich festschreibt. Ein langer Weg ist es bis dahin, denn gegenwärtig überwiegt für jene, die sich nicht mit dem Auto durch die Stadt bewegen, das Gefühl, keine Vorfahrt zu bekommen. Oft im Wortsinn, wie man an der Länge der Grünphasen an Fußgängerampeln spüren kann. Wer über die vielbefahrenen Straßen kommen möchte, muss flink sein. Deutschlandweit legen die Menschen täglich 3,2 Milliarden Kilometer zurück, um von A nach B und von B nach C und zurück zu kommen. Meist mit dem Auto. Mehr als 46 Millionen angemeldete PKW sprechen eine klare Sprache und die Bundespolitik setzt auch weiterhin auf Automobilität. Dann eben elektrisch, auch wenn die Ökobilanz eines E-Autos – preist man die Rohstoffe und Herstellungskosten ein – nicht so schön aussieht, wie sie

gern geredet wird. Das rechnet sich frühestens ab 30.000 gefahrene Kilometer, auch wenn richtig ist, dass diese Autos vom ersten Kilometer an schadstofffrei fahren. Nicht zu verachten, aber schöner wäre ein 365-Euro-Jahresticket für die öffentlichen Verkehrsmittel, wie es das in Wien gibt.

Bei der Neugestaltung des Zweiten Bauabschnitts der KMA ist – trotz berechtigter Kritik an der einen oder anderen Sache – die Verkehrswende mitgedacht. Hätte, was die Gestaltung des Mittelstreifens anbelangt, besser laufen können, vor allem in Fragen Kommunikation und Einbeziehung der Anwohner*innen, aber grundsätzlich ist nichts dagegen zu sagen, dass die geplanten Parkplätze nicht gebaut werden.

Autoverkehr in Städten geht auf Kosten des Freiraums. Ein stehendes Auto beansprucht 12 Quadratmeter öffentlichen Raums. Straßen werden den Autofahrenden kostenfrei zur Verfügung gestellt und die Preise, die für das Parken erhoben werden, bilden keine Kostenwahrheit ab, denn öffentlicher Parkraum bleibt auch bewirtschaftet hoch subventioniert. Die beschlossene Mobilitätswende lässt sich in Berlin gegenwärtig nur erahnen. Und die Diskussionen wirken verzagt. Autofreie Innenstadt? Eine City-Maut? Neuverteilung des Raumes konsequent

zugunsten der Fußgänger*innen und Radfahrenden? Irgendwie ist davon kaum was zu hören. Stattdessen – immerhin ein Anfang – wird die Friedrichstraße auf einer Länge von 500 Metern autofrei. Das wirkt, als versuchte hier jemand, den Gürtel zu lockern, um die Gewichtszunahme zu bekämpfen. Mutlos eben. Der einstige Verkehrs-Staatssekretär Jens-Holger Kirchner, hat 2017 gesagt: »Wer in Berlin Auto fährt, hat zu viel Zeit. Wir werden die Hauptstraßen einspurig machen, weil wir den Platz für anderes brauchen.« Das mag ein wenig polemisch gewesen sein, aber es hatte eine notwendige Radikalität im Denken signalisiert, die man aktuell trotz des tollen Mobilitätsgesetzes vermisst.

Ein wirklicher Umweltverbund aus Rad, öffentlichem Verkehr, schönen und sicheren Fußwegen, Sharing-Möglichkeiten (zu denen im Übrigen auch gehören würde, dass man für ein Auto zwei Anwohnerparkvignetten erwerben kann, weil mehrere Menschen es sich teilen), ist und wäre zumindest ein guter Anfang. Dazu aber – und jetzt wird es schwierig – gehört auch, dass Stadt- und Verkehrsplanung wirklich Hand in Hand arbeiten. Auch davon scheint die Stadt noch weit entfernt. Aber: Sie zeigt an einigen Stellen wie beispielsweise der KMA II, dass sie schon weiß, wie es gehen könnte. *Kathrin Gerlof*